

Plädoyer für ein regionales Siedlungsflächenmanagement

Können sich die Kommunen von Gießen bis Wetzlar über ihre Kirchtürme hinaus koordinieren bei Gewerbe- und Wohnbauland?

Gießen/Wetzlar (so/pm). Konkurrenz müsse durch Kooperation ersetzt werden, fordert Manfred Orth vom hessischen Ministerium für Landesentwicklung von den Städten Gießen und Wetzlar und ihren direkten Anrainergemeinden. Sie sollten sich künftig abstimmen und gemeinsame Modelle entwickeln bei der Siedlungsflächen-Entwicklung, und zwar gleichermaßen für Wohnen und Gewerbe. Stichworte sind da gemeindeübergreifende Gewerbeflächen-Pools, räumliches Denken über die vielzi-

tierten Kirchtürme hinaus und Schaffen von »Win-Win«-Situationen für alle Kommunen, unabhängig von ihrer Größe oder Struktur. Dies anzuschließen ist Zielsetzung von »REFINA«: der Forschung für die Reduzierung der Flächeninanspruchnahme und ein nachhaltiges Flächenmanagement«. Dies wird gefördert vom Bundesministerium für Bildung und Forschung. Mit unterschiedlichen Zielsetzungen gibt es bundesweit rund 35 verschiedene Projekte.

Bis zum Ende des kommenden Jahres wollen Wissenschaftler u.a. von der TU Kaiserslautern neben einer Bestandaufnahme zugleich Prognosen erarbeiten und aufzeigen, wo und wie Kooperationsmodelle zu entwickeln sind – und zwar als recht konkrete Darreichungen für die Kommunal- und regionalpolitischen Entscheidungsfindungen.

Gestern kamen Vertreter der beteiligten Kommunen und Fachleute zum ersten Treffen des so genannten »Begleitausschusses« in Lahnau zusammen, um erste Ergebnisse der Bestandaufnahme zu diskutieren und die bestehenden und geplanten Siedlungsflächen weiter zu analysieren.

Projektleiter Prof. Dr. Willy Spannowsky (TU Kaiserslautern) sprach vom Raum Gießen-Wetzlar als einem »Stagnationsraum«, für den es gelte, Aktivierungsimpulse zu setzen. Was es zu tun gelte, lasse sich nicht mehr auf örtlicher Ebene lösen, bedürfe vielmehr übergeordneter Planungs- und Abstimmungs-Strukturen.

Dr. Raimund Krumm (Institut für angewandte Wirtschaftsforschung in Tübingen), analysierte Trends in der Bevölkerungs- und Arbeitsplatzentwicklung sowie der Flächeninanspruchnahme in der Stadtregion. Trotz stagnierender Bevölkerungs-

zahlen wachse die beanspruchte Fläche. Zu beobachten sei des Weiteren seit vielen Jahren ein Suburbanisierungsprozess mit einer Abwanderung von Bevölkerung und von Arbeitsplätzen aus den Kernstädten, der nachhaltig deren Finanzlagen schwächt und den Handlungsdruck der Oberzentren erhöht. Dies habe negative Folgen für den Erhalt von städtischen Angeboten, die auch für das Umland wichtig sind. Obwohl in der Regionalplanung ein Modell für eine bedarfsgerechte Steuerung der Siedlungsflächenentwicklung verankert sei, bestehe Anlass dafür, dass sich die Kommunen über die Folgekosten der bauleitplanerischen Neubaulandausweisung Gedanken machten. Prof. Spannowsky veranschaulichte dies anhand von Folgekosten-Rechnungen auf der Basis ausgewählter Bebauungspläne mit unterschiedlich langer Aufsiedlungsdauer. Je länger letztere ist, desto länger auch die Refinanzierung für die Kommunen.

Die gemeinsame Entwicklung eine stadtrégionalen Leitbildes sowie abgestimmte Schwerpunktsetzungen bei Wohn- und Gewerbegebieten forderte Dr. Uwe Ferber (Projektgruppe Stadt und Entwicklung in Leipzig). Daran könne eine effektivere Vermarktung der Flächen ausgerichtet und so Kosten von Fehlentwicklungen reduziert

werden. Interkommunales Flächenmanagement sei eine Chance. Das ist laut Heinz Bergfeldt, Institut für Regionalmanagement in Solms, die Einschätzung eines Großteils der befragten Bürgermeister und Fraktionsvorsitzenden in der Stadtregion.

In der Stadtregion sind hohe Flächenspielräume vorhanden, insbesondere innerörtlich. Hierin seien sich alle Beteiligten des Forschungsverbundes wie auch ein Großteil der befragten Bürgermeister und Fraktionsvorsitzenden einig, wurde gestern dargelegt. Möglichkeiten zur Reduzierung des Flächenverbrauchs sehen die Befragten eher auf dem Feld der Wohnsiedlung. Da wegen Entwicklungsabhängigkeiten zwischen den Kommunen in der Region eine »regionale Schicksalsgemeinschaft« bestehe, sei es geboten, ein regionales Siedlungsflächenmanagement zu schaffen, um sich rechtzeitig auf die sich anbahnenden Veränderungen einstellen zu können. Handlungsfelder sind laut Spannowsky eine interkommunal abgestimmte Gewerbeflächenvermarktung; der Prüfung der Folgekosten der Flächeninanspruchnahme durch die Kommunen; das Stabilisieren der zentralen Orte und das Fortentwickeln des vorhandenen Regionalmarketings bzw. des Regionalmanagements.